

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnenten nehmen die Anzeigen und für Auswärtige die Postanweisung entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Druckpreis: Die monatliche Belegzahl für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige. Restsumme 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige. In Reichsmark, amtliche Zelle 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 199

Nr. 161

Donnerstag, den 12. Juli 1928

23. Jahrgang

### Um den deutschen Nationalfeiertag!

#### Der Meinungskampf im Reichstag

Welten kommt es vor, daß das Abstimmungsrisiko einer Vorlage so ungewiß ist wie das des Gesetzesentwurfes über den Nationalfeiertag. Wird die Vorlage überhaupt noch vor den Sommerferien zur dritten Beratung vor das Plenum kommen?

Das Zentrum hat gestern Ausschussberatung beantragt. Aber da, gegen den Vorschlag des Reichstagspräsidenten, die Redezeit nicht beschränkt worden ist, wird die erste Beratung allein vielleicht zwei Sitzungstage in Anspruch nehmen und die Ausschussberatung erst Donnerstag beginnen können. Die Zeit wird dadurch, daß der Reichstag am Sonnabend in die Ferien gehen und vorher noch die Amnestieanträge und das Gesetz über die Senkung der Lohnsteuer verabschieden will, außerordentlich knapp werden. Es müßte im Ausschuss schon ein stark drängender Wille einer Mehrheit sich finden, um die Beschleunigung der Vorlage so zu beschleunigen, daß der nächste 11. August bereits als Nationalfeiertag festlich begangen werden könnte.

Zu den Gegnern der Vorlage gehört mit den Deutschnationalen, den Kleinen Gruppen der Rechten und den Kommunisten auch die Deutsche Volkspartei. Zwar wird die Deutsche Volkspartei keinen Fraktionszwang ausüben, aber nur ein kleiner Teil einer geringen Zahl von völkereigenen Abgeordneten wird sich des Votums enthalten. Die Mehrzahl scheint entschlossen zu sein, gegen den Gesetzesentwurf zu stimmen, und damit ist die Chance der Vorlage bei der Schlussabstimmung ungewiß geworden. Wenige Stimmen können den Ausschlag für die Annahme oder Ablehnung geben.

Severing als Reichsinnenminister hat gestern die Beratung der Vorlage mit einer empfehlenden Rede eingeleitet, in der er sich als „Mittler“ zwischen dem Reichstag, der den Gesetzesentwurf beschloß, und der Reichsregierung, die ihn einbrachte, vorstellte. Der „Mittler“ wurde zum berechneten Anwalt des Nationalfeiertages, der unparteiisch, aber sehr wirksam ins Freie führte, was die Weimarer Verfassung und der Tag, an dem sie geboren wurde, politisch und ideell

für das deutsche Volk bedeuten. Er wurde in dieser Argumentation unterstützt durch den sozialdemokratischen Sprecher, Abg. Solmann. Für die deutsch-nationale Fraktion sprach gestern Abg. Schlangenschöningen. Im Namen welcher Deutschnationalen sprach er? Jener, die, wie Lambach, sich mit der Republik abzufinden gedanken? Jener, die, wie Graf Westarp, bei ihrem theoretischen Bekenntnis zur Monarchie beharren, aber in der Republik die Macht erringen wollen, um sie gegen die Republik zu benutzen? Oder jener, die, wie Hugenberg, den heutigen Staat völlig ablehnen, gegen ihn mit allen Mitteln der politischen Sabotage arbeiten wollen? Schlangenschöningen bekannte sich als Monarchist und versicherte in demselben Atemzuge, daß es nur eine einzige deutsch-nationale Partei gäbe. Sein monarchistisches Bekenntnis wurde nur von einigen deutschnationalen Fraktionskollegen bekräftigt, sein treuherrlich vorgetragen Märchen von der einzigen deutschnationalen Partei aber vom ganzen Hause mit lauter Heiterkeit quittiert.

Die deutschnationalen Angriffe gegen die Republik und gegen die Verfassung mehrte Sebering in einer zweiten Rede kurz und wirksam ab.

#### Preußens Vorbereitungen zum Verfassungstag.

Für den Fall, daß in der Frage des Verfassungstages keine reichsgesetzliche Regelung vor dem 11. August erfolgen sollte, dürfte der „Voss. Bzg.“ zufolge das preußische Staatsministerium den von dem geltenden Urteil des Staatsgerichtshofes gezeigten Weg gehen und eine Verordnung erlassen, die sich speziell mit dem 11. August 1928 beschäftigt und allein für diesen Tag Anordnungen über die Beflaggung enthält.

Berlin, 11. Juli. In der Frage der Senkung der Lohnsteuer findet heute vormittag nochmals eine Besprechung der Parteiführer beim Reichsfinanzminister statt. Hieraus wird der Steueranschluß des Reichstages den Gegenstand weiter behandeln.

### Westarp und Wallraf von Hugenberg gestürzt.

Die Krise in der Deutschnationalen Partei, der sich das ganze politisch-parlamentarische Interesse zuwendet, ist nun in voller Stärke zum Ausbruch gekommen, so daß eine Überbrückung der Gegensätze nicht mehr möglich scheint. In Erkenntnis dieser Sachlage haben die beiden bisherigen Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei, Graf Westarp und Wallraf, ihre Ämter niedergelegt. Sie haben sich lediglich bereit gefunden, bis zum Herbst noch interimistisch die Geschäfte weiter zu führen. Bis dahin soll die Frage ihrer Nachfolgerschaft geklärt werden.

Der Fall Lambach ist überraschenderweise zu einem Fall Westarp und damit zu einer Nachfrage in der Partei überhaupt geworden. Die alldeutsche Gruppe um Hugenberg, Bang und Everling beantragt die Führung in der Deutschnationalen Partei. Sie verlangt die Rückkehr der Deutschnationalen zur Opposition um jeden Preis. Vor dieser unentwegten Opposition hat der bisherige Führer Graf Westarp warnend seine Stimme erhoben. Er ist nicht durchgedrungen. Das hat ihn zur formellen Niederlegung seines Amtes veranlaßt. Zweimal hat er gestern die Sitzung der Parteibekretung ostentativ verlassen. Wenn er sich bereit gefunden hat, wieder zurückzukehren und interimistisch die Geschäfte noch weiter zu führen — wie gesagt, nur interimistisch —, so deshalb, um einen Bruch in der Partei, eine Spaltung, an die man gestern haarig herangekampt war, in letzter Minute noch einmal zu vermeiden.

Hugenbergs Alldeutsche Vereinigung steht in enger Verbindung mit den sogenannten vaterländischen Verbänden. Hier liegt auch der Grund, weshalb es dieser Gruppe, die an sich sonst in der Minderheit steht, gelungen ist, die bisherige Parteiführung in die Defensive zu bringen. Über die Bindungen zwischen den Verbänden und den übrigen Abgeordneten sind so stark, daß sie nicht ohne Rückwirkungen auch dann bleiben konnten, wenn die Existenz der Partei überhaupt in Frage gestellt ist.

Der Kampf tobt unentwegt weiter. Insbesondere haben die Veröffentlichungen über die Vorgänge in der gestrigen Sitzung zu einer neuen Verschärfung der Krisis geführt. Man hatte versucht, die Vertraulichkeit der Auseinandersetzungen zu wahren, das ist nicht gelungen. Ein Reichen dafür, daß die Entscheidung nicht allzulange hinausgeschoben werden kann.

Was wird, ist im Augenblick schwer zu sagen. In parlamentarischen Kreisen hält man es für unmöglich, die Fraktion und auch die Partei in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung einheitlich zusammenzubalten. Man erinnert daran, daß schon vor dem Kriege eine Trennung der Freikonservativen von den Deutschkonservativen erfolgen mußte, und schließlich beweist man auf das Beispiel Frankreichs, wo ebenfalls ungefähr zehn Jahre nach dem Sturz der Monarchie die Royalisten sich von den anderen Konservativen getrennt haben, um schließlich eine Entwicklung bis zur politischen Bedeutungslosigkeit zu nehmen.

### Otto Brauns Befreiung aus dem Untersuchungsgefängnis.

Leipzig, 10. Juli. Der Oberreichsanwalt hat die für Mitwirkung bei der Ergreifung des am 11. April aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit befreiten Schriftstellers und kommunistischen Agitators Otto Braun ausgesetzte Belohnung von 5000 RM zurückgezogen. Da nunmehr feststeht, daß es Braun und der gleichfalls gesuchten Stenotypistin Olga Benario gelungen ist, ins Ausland zu entkommen und damit der Zweck der ausgesetzten Belohnung, eine der Flucht auf dem Fuße folgende Wiederergriffung zu erleichtern, unmöglich geworden ist. Die übrigen Fahndungsmaßnahmen werden natürlich aufrechterhalten.

### Japan und China.

Tokio, 10. Juli. Auf Grund der Besprechungen, die heute im Kabinett über die chinesische Lage stattfanden, ging die übereinstimmende Ansicht dahin, daß die japanische Regierung Tschangshuheliang, den Sohn Tschangtschins als den obersten Kriegsherrn der Mandchurei anerkennen, aber zugleich darauf bestehen wird, daß die Vereinbarungen, die Japan mit dem verstorbenen Diktator getroffen hat, vorläufig in Kraft bleiben. Die Verlaute, ist die japanische Regierung bereit, mit China über eine der veränderten Lage Rechnung tragende Revision der Verträge in Verhandlungen zu treten, vorausgesetzt, daß die bestehenden Verträge anerkannt werden, bis sie durch ein neues Abkommen zwischen den beiden Regierungen ersetzt worden sind. Bisher sei man jedoch von chinesischer Seite wegen einer etwaigen Revision der bestehenden Verträge noch nicht an die japanische Regierung herangetreten.

### Eine Luftspionage-Affäre

Berlin, 10. Juli. Wie die „Voss. Bzg.“ erzählt, hat heute die Berliner politische Polizei mehrere Personen in Haft genommen, die im dringenden Verdacht stehen, Betriebsgeheimnisse der Deutschen Versuchsanstalt für Luftverkehr in Adlershof einer fremden Macht verraten zu haben.

Wie eine Berliner Korrespondenz zu der Spionageaffäre bei der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt erzählt, ist die Verhaftung des Regierungsbaumeisters D. bereits vor 14 Tagen erfolgt und gleichzeitig sind zwei seiner Helfershelfer, die wohl die Verbindung mit der in Frage kommenden ausländischen Macht aufrecht erhalten haben, aber nicht selbst bei der D.S.A. tätig waren, festgenommen worden. D. soll für Russland gearbeitet haben. Seine Verfehlungen bestanden in der Hauptsache darin, daß er Konstruktionszeichnungen neuer deutscher Flugzeugtypen für hohe Summen an das Ausland verkauft habe. Die deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt erhält bekanntlich alle technischen Unterlagen von den verschiedenen Flugzeugfirmen, deren Erzeugnisse dann von der Versuchsanstalt für den Luftverkehr offiziell zugelassen werden. Es scheint, als ob Regierungsbaumeister D. diese Kenntnisse, die natürlich absolut vertraulich zu behandeln waren, für sich entprechend ausgenutzt hat. Der Umfang der ganzen Spionageangelegenheit läßt sich noch gar nicht übersehen, weil auch die weiter zurückliegende Tätigkeit D.'s bei mehreren deutschen Flugzeugwerken nachgeprüft werden muß.

Auch „Voss. Bzg.“ handelt es sich bei dem wegen Spionage verhafteten Angestellten der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt um den Regierungsbaumeister Ludwig aus Berlin-Wilmersdorf sowie zwei seiner vermutlichen Helfer. Zwischen dem Regierungsbaumeister und dem Beauftragten amtlicher russischer Stellen fanden in der letzten Zeit wiederholte Konferenzen in Dessau, Friedrichshafen, Berlin und anderen Städten statt, in denen Ludwig unmittelbar die Geldbeträge übergeben wurden. Diese Geldbeträge scheinen in die Hunderttausende zu gehen. Die Ermittlungen sind noch im Gange. Wie dem gleichen Blatt zufolge ver-

lautet, handelt es sich bei den beiden Flugzeugwerken um Junkers in Dessau und Dornier in Friedrichshafen. Die Größe des Schadens läßt sich zurzeit noch nicht mit Bestimmtheit feststellen. Von zutüftlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß die Luftversuchsanstalt rechtzeitig den Regierungsbaumeister überraschen konnte, so daß dieser Stelle ein nennenswerter Schaden nicht erwachsen ist.

Berlin, 10. Juli. In der Meldung der „Voss. Bzg.“ über Verrat von Betriebsgeheimnissen der Versuchsanstalt für Luftverkehr in Adlershof wird mitgeteilt: Ein seit wenigen Wochen bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftverkehr in Adlershof tätiger Angestellter wurde unter dem dringenden Verdacht, wissenschaftliche Arbeiten an eine fremde Macht verkauft zu haben, festgenommen. Der Angeklagte, Regierungsbaumeister Ludwig, ist verdächtig, auch in früheren Stellungen bei zwei Flugzeugwerken ähnlich gehandelt zu haben.

### Ein neuer Werkspionageprozess.

Moskau, 10. Juli. Vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes beginnt am Mittwoch ein Prozess gegen die Sowjetbürger Okoln, Orlow und Matwejew, Vertreter der schwedischen Firmen Alpha Babal und Diabolo Separator und gegen acht Angestellte sowjetischer landwirtschaftlicher Organisationen wegen Uebersmittlung vertraulicher Informationen über Importpläne und Lizenzen an die genannten Firmen.

### Teilbegnadigung im Schachtj-Prozess.

#### Richtung der Richtbegnadigten.

Moskau, 10. Juli. Das Zentralkollegium der Sowjetunion wandelte auf Gesuch des Obersten Gerichtshofes die Todesurteile im Schachtj-Prozess gegen Matow, Bratanowski, Beresowski, Wjarschinow, Kasarinow und Schablun in 10jährige Gefängnisstrafen um und bestätigte die Todesurteile gegen die übrigen fünf Verurteilten. Diese Urteile sind bereits vollstreckt.

chkeiten  
tsaal  
phon 49  
Reunion.  
en  
ler  
en  
nöpfe  
fertigt.  
Aue  
23.  
mer  
Erzg.  
+  
Näsi  
n:  
otel „Burg  
„Hotel  
offspoket an  
las)  
i Regau:  
wieg Nöhl  
ab schlafen  
berücksichtigen  
+  
h Heilung  
rung  
Arbeit be-  
d ohne  
Fodor  
antie für  
Zuschlag  
nerstag,  
g Wetlin.  
ünchen  
rthstr. 37  
illiches  
er hin  
Man  
regelte  
Gaut,  
Rdper-  
ame  
Wolfs-